

Michael Staack

Eine internationale Ordnung der Nachhaltigkeit, der Gerechtigkeit und des Interessenausgleichs

Die SPD tritt für eine internationale Ordnung ein, die Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Interessenausgleich anstrebt. Eine solche Ordnung gründet sich auf gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit und auf die Herrschaft des Rechts. Das Völkerrecht, die Charta der Vereinten Nationen und die Menschenrechtserklärungen bleiben Fundament dieser Ordnung. Die Vereinten Nationen sind unverzichtbar. Sie müssen reformiert und gestärkt werden. Dabei sollten die Staaten mit Initiativen vorangehen, für die Kooperation statt nationaler Interessenpolitik die Richtschnur des Handelns bildet. Deutschland in Europa soll ein Mitgestalter der besseren Ordnung sein und sich in der internationalen Ordnungspolitik durch eigene Beiträge zum Klimaschutz, zur Entwicklungszusammenarbeit, zu humanitärer Hilfe und zu Rüstungskontrolle und Abrüstung engagieren. Damit fördert und ermöglicht es auch neue Partnerschaften.

Eine Gesellschaft des Zusammenhalts, des sozialen Ausgleichs und gerechter Chancen, wie sie die SPD vertritt, braucht Partner, die gleiche Interessen verfolgen. Eine solche Gesellschaft muss sich nach außen und nach innen schützen können. Die Zielsetzungen, für die die Sozialdemokratie seit über 150 Jahren kämpft, lassen sich am besten verwirklichen in einem friedlichen internationalen Umfeld. Auf Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit gerichtete Reformen sind viel schwerer zu erreichen, wenn Spannung und Rüstung im Vordergrund stehen. Auch deshalb muss alles dafür getan werden, eine gerechte internationale und europäische Sicherheitsordnung aufzubauen.

Die „liberale Weltordnung“ hat sich überlebt

Die nach 1945 etablierte „liberale Weltordnung“, angeführt und geprägt von den USA, gehört zunehmend der Vergangenheit an. Deutschland und Europa haben von dieser liberalen Weltordnung stark profitiert. In ihrem Rahmen vollzog sich auch der wirtschaftliche Aufstieg neuer Mächte. Aus der Sicht der großen Staatenmehrheit, besonders im Globalen Süden, war diese Ordnung aber immer eine Herrschaftsordnung des Westens, geprägt durch Hierarchie und „doppelte Standards“. An der Entstehung der alten Ordnung hat diese Staatenmehrheit nicht mitgewirkt, durch deren wachsende Krisenanfälligkeit ist sie wirtschaftlich und politisch aber negativ besonders betroffen. Die „liberale Weltordnung“ wurde aufgekündigt durch die USA. Sie hat sich auch als nicht hinreichend reformfähig erwiesen.

Deutschlands Rolle in der neuen Welt der Mittelmächte

Deutschland ist im globalen Maßstab eine Mittelmacht und zugleich, in Partnerschaft mit anderen, eine Führungsmacht der Europäischen Union. Alle Mittelmächte und auch

alle kleineren Staaten sind an einer internationalen Ordnung der Regeln und der Zusammenarbeit interessiert. In einer Zeit, in der Großmächte engstirnige nationale Interessenpolitik verfolgen, Regeln brechen und Dominanz statt Kooperation suchen, liegt es in der Verantwortung der Mittelmächte und der kleineren Staaten, den Multilateralismus zu verteidigen und wieder auszubauen. An einem Gefolgschaftsverhältnis zu Großmächten haben Deutschland und Europa kein Interesse.

Deutschland und Europa stets zusammen denken

Europas wirtschaftliches, demographisches und politisches Gewicht in der Welt sinkt. Nur gemeinsam werden sich die Staaten Europas in einer Welt behaupten können, in der aufstrebende Mächte Wohlstand und Mitsprache einfordern – zu Recht. Die Europäische Union ist nicht perfekt; ihre Grundlagen und ihre tatsächliche Politik bedürfen der ständigen Überprüfung. Renationalisierung stellt keine Alternative dar. Es ist seit langem offensichtlich: Jeder europäische Staat muss sich entscheiden für europäische Relevanz oder nationalstaatliche Irrelevanz. Nur ein Europa, das in wichtigen Fragen gemeinsam entscheidet, wird seine Souveränität und Selbstbestimmung in der Welt behaupten können. Innerhalb der Europäischen Union muss deshalb eine Sicherheits- und Verteidigungsunion begründet werden. Auf diesem Weg können und sollten Koalitionen von Gleichgesinnten vorangehen. Deutschland und Europa müssen immer zusammen gedacht werden.

Gute Beziehungen zu allen Machtzentren und neue Partnerschaften

Als Mitgestalter der globalen Ordnung streben Deutschland und Europa gute Beziehungen zu allen Machtzentren in der Welt an. Deutsche Außenpolitik gründet sich auf die Werte des Grundgesetzes und verfolgt deutsche und europäische Interessen. Eine Politik der doppelten Standards lehnt Deutschland ab und wird alle globalen Akteure nach den gleichen Maßstäben messen.

Als Mitgestalter der internationalen Ordnung will Deutschland bestehende Bündnisse und Partnerschaften beibehalten und fortentwickeln und neue Partnerschaften begründen. Gemeinsame Interessen und das Völkerrecht bilden das Fundament für solche Partnerschaftsbeziehungen – mit Demokratien und mit Staaten, die die bestehenden Regelwerke respektieren.

Die Interessen des Globalen Südens respektieren

Die Mehrheit der Staaten zählt sich heute zum Globalen Süden. Diese Staaten fordern Mitsprache und wollen internationale Zusammenarbeit mitgestalten. Ihr weiterer wirtschaftlicher Aufstieg stellt für Europa keine Bedrohung dar, sondern folgt aus dem Gebot größerer globaler Gerechtigkeit und einer besseren Ordnung. Die Interessen der Staaten des Globalen Südens müssen bei der Konzeption deutscher Außenpolitik viel stärker berücksichtigt werden. Damit neue Partnerschaften gelingen, muss auch

Deutschland bisherige Standpunkte überprüfen und bereit sein zu wirklich gleichberechtigter Zusammenarbeit. Dazu gehören das Eintreten für eine nachhaltigere und gerechtere Weltwirtschaftsordnung und für eine Zusammenarbeit, die allen nützt. Neue Partnerschaften eröffnen neue wirtschaftliche Chancen, dürfen aber nicht darauf begrenzt bleiben. Zu einem neuen Verhältnis zum Globalen Süden gehört auch die Anerkennung der deutschen Kolonialvergangenheit als einer historischen Hypothek.

April 2026